

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Stum), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 140.

Neuenbürg, Dienstag, den 19. Juni 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 18. Juni. Der Staatspräsident hat sein Recht der Einzelbegnadigung innerhalb des Geschäftskreises der Justizverwaltung des Reichs und Einzelbegnadigungen bis zu einem Betrag von 3 Millionen Mark dem Justizminister übertragen.

München, 18. Juni. Das Bayerische Vaterland ist auf drei Tage verboten worden, weil es in einem Aufsatz „Reinliche Briefe“ die rheinischen Sonderbestrebungen verteidigt hat. Das Verbot dauert bis zum nächsten Mittwoch.

Neustadt a. S., 18. Juni. Ausgewiesen wurde der Verleger des „Rheinischen Kurier“ und des „Stadt- und Dorf-Anzeigers“, Kommerzienrat Riesenberg, mit seiner Familie unter vollständiger Zurückhaltung der Möbel. Die fränke Ehefrau darf bis zu ihrer Genesung in Neustadt bleiben.

Berlin, 18. Juni. Am Samstag fand im englischen Familienklub die Hochzeit der einzigen Tochter des Reichspräsidenten, Fräulein Amalie Ebert, mit Professor Dr. Janke, der dem hiesigen Amt zugewiesen ist, statt. Nach der standesamtlichen Eheschließung wurde in der Wohnung des jungen Paares im Strand in Gegenwart von zehn Personen die kirchliche Trauung vollzogen.

Hochverratsprozess Fuchs-Rachhaus.

München, 18. Juni. Im Hochverratsprozess Fuchs-Rachhaus hat der Staatsanwalt neue Beweisanträge gegen den Angeklagten Fuchs gestellt, aus denen hervorgeht, daß Fuchs mit dem französischen Gesandten Dard in München Verträge geschlossen hat. Weiter ist ein richterliches Protokoll zur Stelle, das Fuchs während des Krieges nicht deutschfreundlich gefimmt gewesen ist. Der heutige und der morgige Tag werden sich noch mit verschiedenen Beweisanträgen des Verteidigers des Angeklagten Fuchs und des Staatsanwaltes beschäftigen. Weiter wird man heute das Protokoll der Vernehmung des durch Selbstmord getöteten Kapellmeisters Rachhaus hören, aus dem man ein Urteil wird gewinnen können, in welcher Weise und in welchem Umfange die Fäden der ganzen Sache bei Rachhaus zusammengeklaut sind. Der ehemalige Kronprinz Rupprecht läßt erklären, daß er keinerlei Beziehungen zu dem Obersten Richter gehabt noch gesucht habe.

Französische Gewaltakte.

Birmaens, 16. Juni. Das Postamt in Birmaens wurde gestern von den Franzosen besetzt und die Brief- und Paketpost beschlagnahmt. Vermutlich handelt es sich um eine Kontrollmaßnahme wegen den Sabotageakten. Man hofft, daß die Besetzung bald wieder aufgehoben wird. Wie die „Birmaenser Zeitung“ mitteilt, ist der vierte Bürgermeister von Birmaens, Bekmaringer, der nach der Verhaftung des Oberbürgermeisters und des zweiten und dritten Bürgermeisters die Amtsgeschäfte übernommen hatte, ferner 5 weitere Stadträte aus dem Grunde ausgewiesen worden, weil die Stadtverwaltung für ein Eisenbahnunglück bei Hausstein verantwortlich gemacht wird. Dort wurde ein Fuhrwerk von einem Zug überfahren, die Pferde getötet und der Fuhrmann so schwer verletzt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erlag. Die Stadt Birmaens wird beunruhigt, die Gefährdung eines Eisenbahntransportes dadurch zu haben, daß sie die Ausführung der Ordonnanz 102 unterliege, die den Gemeinden die Heberhebung der Eisenbahnübergänge zur Pflicht macht.

Bei den Ruhrgefangenen.

Über einen Besuch bei den Ruhrgefangenen, die sich größtenteils in dem Zentralgefängnis des preussischen Städtebundes befinden, berichtet ein evangelischer Geistlicher, der kürzlich in Gemeinschaft mit einem katholischen Kollegen seelsügerischen Zutritt zu ihnen erhielt, u. a. folgendes: „Schon dem Bescheiden des Wartplatzes grüßen und die kleinen Wägen hinterher im Hintergrund, hinter denen so viele deutsche Männer für ihr Vaterland leben. Als wir in den ersten Korridor eintraten, erhoben sich etwa 12 Herren in einer Seitenzelle, die mit Kartonschalen beschäftigt waren. ... Hehlich in den anderen Zellen. Es war und eine wehmütige Freude, all den neuen Menschen die Hand zu drücken, ihnen einen Herzengruß aus der Heimat zu bringen und ihre besonderen Wünsche und Anliegen mit nach Hause nehmen zu können. Die Stimmung all dieser Männer und Jünglinge war erhehend. Man gewann den Eindruck, daß hier etwas von dem guten Kern unseres Volkes beisammen war. Wie viele haben wir gesagt: Wir wollen hier gern noch Monate sitzen, wenn nur unser Vater nicht vergeblich ist.“ Der soziale Unterschied, die gesellschaftliche Schichtung war aufgehoben, der Oberbürgermeister hand mit dem Eisenbahner, der Zollbeamte neben dem Postdirektor, der Schuhmann mit dem Grundbesitzer zusammen, oft Arm in Arm. Wenn das unser Gefängnis, das doch auch wie in einem großen Gefängnis ist, lernen wollen! Der Höhepunkt unseres Besuches war der für die Katholiken und nachfolgend der für die Evangelischen gehaltene Gottesdienst am Mittwoch morgen. Die würdig ausgestattete Kapelle war überfüllt. ... Wir sind die Tränen im Auge von Männern, mit uns der bewegt gestammelte Dank, der Abschiedsgruß und beim Hinausgehen etwas gewesen, das ich zum Geweihten meines Lebens zähle.“

141 Milliarden Geldstrafe für Reichsdirektoren.

Berlin, 17. Juni. Nachdem, wie gemeldet, in der Kriegsgesetzgebung am Freitag mehrere Reichsdirektoren zu zehn Jahren Gefängnis und insgesamt 270 Milliarden Mark Geldstrafe wegen Verweigerung von Kohlenlieferungen verurteilt worden waren, wurden gestern vor demselben Kriegsgericht die Reichsdirektoren Generaldirektor Dein (Rangendbrunn) zu 5 Jahren und 24 Milliarden Mark, Bergassessor Dr. Heinrich zu 6 Jahren und 46 Milliarden Mark, Generaldirektor Win-

haus (Königs-Neussen) zu 5 Jahren und 430 Milliarden, Generaldirektor Kampers (Königin Elisabeth) zu 5 Jahren und 204 Milliarden Mark und Generaldirektor Kieglisch (Delene und Amalte) zu 5 Jahren und 287 Milliarden Mark Geldstrafe verurteilt. Insgesamt wurden in der getriggen Verhandlung 25 Jahre Gefängnis und 1431 Milliarden Mark Geldstrafe, das Höchstmaß dessen, was bis jetzt von einem Gericht ausgesprochen worden ist, verhängt. Die Verurteilung geschah in Abwesenheit sämtlicher Angeklagten.

Widerfahn.

Von den höheren Schulen in Sondershausen, Salungen und anderen thüringischen Städten sind jetzt eine Anzahl Schüler vom thüringischen Volksbildungsminister Geisel, der der unabhängigen Sozialdemokratie angehört, ausgewiesen worden, weil sie sich an der Kaiserfeier (1) nicht in der von der Regierung angeordneten Weise beteiligt haben. — Aus Dresden meldet man: Am 6. Juni wurden auf Veranlassung der Eisenbahngeneraldirektion Dresden im staatlichen Eisenbahnerholungsheim in Göhrlich 16 Ruhrflüchtlinge, darunter zwei Familien mit 4 bzw. 5 Kindern untergebracht. Nachdem die Flüchtlinge eine Nacht in dem Heim verbracht hatten, erklärten plötzlich am nächsten Tage die radikal linksstehenden Inassen des Erholungsheims, also Leute, die selbst zur Erholung dort untergebracht sind, daß die Flüchtlinge bis spätestens abends 8 Uhr das Heim verlassen sollten; im anderen Falle würde man Gewalt anwenden. Die Hauptverwaltung beugte sich diesem empörenden Verlangen, und die armen Flüchtlinge traten während des Nachmittags in Königsfeld umher. Ihre Heimat hatten sie auf französischem Gebiet binnen kürzester Zeit verlassen müssen, und nun sind sie, unter ihnen eine Frau mit einem drei Wochen alten Kinde, in Göhrlich derartig empörender Behandlung ausgesetzt. Die Leute fanden am Abend wie hinausgeworfene Hunde im Hofe des Erholungsheims und wußten abends 8 Uhr noch nicht, wo sie in dieser Nacht schlafen sollten. Als Grund für die Ausweisung der Leute wurde nicht etwa Mangel angegeben, sondern es wurde ihnen eröffnet, daß die übrigen Inassen des Heims nichts gegen ihre Aufnahme einzuwenden hätten, wenn sie Eisenbahnarbeiter wären. Da sie aber Eisenbahnbeamte seien, müßte so mit ihnen verfahren werden.

Um die Erhöhung der Vorauszahlungen.

Der Eisenratsrat des Reichstags behandelte den Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer weiter. Abgeordneter Lange-Degermann (Str.) überreichte den Antrag seiner Fraktion dahin ab, daß die Vorauszahlungen von dem Befehl der Einkommensteuer auf das Einkommensteuergesetz und bei der Körperschaftsteuer auf das Einkommensteuergesetz erhöht werden. Wenn der Abschluß des Geschäftsjahres vor dem 1. Juli 1922 liegt, sollen diese Vorauszahlungen auf das Einkommensteuergesetz erhöht werden. Außerdem soll eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der das Finanzamt die Vorauszahlungen anderweit festzusetzen hat, wenn die zu leistenden Vorauszahlungen außer Verhältnis zu dem mutmaßlichen Einkommen stehen. Die Festsetzung soll der Behörde unterliegen. Die Bestimmung ist nicht nur als Härteparagraf gedacht, sondern soll unter Umständen auch zu einer Erhöhung der Vorauszahlung führen können. Der Finanzminister soll ermächtigt sein, die Zahlungen am 15. November und 15. Februar anderweit festzusetzen, wenn die Entwicklung der Geldentwicklung dies erforderlich erscheinen läßt. Reichsfinanzminister Dr. Dermes erklärte sich mit dem Grundgedanken dieses Entwurfs einverstanden, hielt aber die Sache für unzureichend. Nach eingehender Rücksprache hielt er bei der Einkommensteuer das Einkommensteuergesetz und bei der Körperschaftsteuer das Einkommensteuergesetz unbedingt für geboten, da die Vorauszahlungen für die Körperschaftsteuer sich zum großen Teil auf Grundlagen aufbauten, die in das Jahr 1921 hineingreifen. Eine Regelung unter diesen Grenzen zu vertreten, sei er nicht in der Lage. Mit einer Veranschlagung, unter der in dem Antrag Lange-Degermann angeführten Vorauszahlung sei er einverstanden. Aus inneren und außenpolitischen Gründen müßte man unter allen Umständen versuchen, eine Verhängung unter den Parteien herbeizuführen.

Gewerkschaftsangelegenheit gegen Streiks in Berlin.

Berlin, 18. Juni. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat gestern eine Kundgebung an die Berliner Arbeitererschaft gerichtet, in der er die Gewerkschaften gegen den Vorwurf verteidigt, daß sie nicht genug zur Verringerung der gegenwärtigen Not getan hätten. In dem Aufruf werden alle die Verhandlungen und Eingaben aufgezählt, in und mit denen die Gewerkschaften die Regierung zu Maßnahmen gegen die Teuerung und den Mangel und zur Aufhebung der Löhne und Gehälter an die Teuerung aufgefordert hätten. Sie erklären schließlich, die Verantwortung dafür abzulehnen zu müssen, wenn schwere Lohnkämpfe ausbrächen. Es scheint darnach, als ob man auch in den gewerkschaftlichen Kreisen Berlins — in anderen Städten geschieht es schon lange — mit der Möglichkeit wilder Streiks in der Reichshauptstadt ernstlich zu rechnen beginnt. Der Große Ausschuss der Gewerkschaften soll, wie verlautet, am Donnerstag zusammentreten, um über das Problem der wertbeständigen Löhne zu beraten. Man will Gehälter und Löhne in Grundbesitz und Teuerungszulagen einstellen. Es soll ein Goldlohn aufschlag auf die Löhne vorgeschlagen und das jetzige Indexsystem revidiert und verbessert werden. Eine ähnliche Aktion sollen die Angehörigen eingeleitet haben. Der Reichsarbeitsminister Braun steht diesem Unternehmen freundlich gegenüber.

Bevorstehende neue Preiserhöhung auf der Eisenbahn.

Am Dienstag tritt der Ausschuss des Eisenbahnrats im Reichsministerium zusammen, um in Gemeinschaft mit der Zentralstelle über einen neuen Tarif für den Personen- und Güterverkehr zu beraten, der bereits am 1. Juli eingeführt werden soll.

Kommunistische Treiberien im schlesischen Landarbeiterstreik.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Breslau dauert der Landarbeiterstreik in Schlesien unvermindert an. Es befinden sich rund 50 000 Arbeiter in Ausstand. Die Fütterung und die Pflege des Viehs und das Reiten der Pferde wird von den Streikenden besorgt. Das Verlangen nach einer Verschärfung des Streiks durch Einstellung der Kohlenarbeiter findet jedoch in den Reihen der Streikenden immer mehr Anklang. Die Kommunisten versuchen, bisher allerdings ohne Erfolg, die rein wirtschaftliche Bewegung zu politischen Zwecken auszunutzen. Die Gewerkschaften werden in diesen Tagen bei den Behörden vorkellend werden und sie auf den Ernst der Lage hinweisen.

Ausland.

Die letzte Schuldscheinserie eingelöst.

Brüssel, 18. Juni. Die letzte Serie der deutschen Schuldscheine, die im Dezember 1922 der belgischen Regierung übergeben wurden, sind am 15. Juni eingelöst worden. Deutschland hat an diesem Tage in Brüssel 92 Millionen Goldmark bezahlt.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie.

Paris, 18. Juni. Bei der am Samstag abgehaltenen Brüsseler Parteikonferenz der Sozialisten hat Vandervelde gesagt: „Unser Standpunkt ist, daß wir nicht an die Mitarbeit in einer bürgerlichen Regierung denken dürfen, sondern es muß unser Ziel sein, nach einer Reihe von Beschlägen endlich die Regierungsgewalt ohne Kompromiß zu erhalten.“

Rechtshinwendung Poincares.

Paris, 18. Juni. Wie verlautet, wird die Radikale Partei die zu ihr gehörigen zwei Minister auffordern, ihre Demission einzureichen. Für den Fall der Weigerung werden sie aus der Partei ausgeschlossen werden. Es handelt sich um den Kolonialminister Dagniere und den Postminister. Durch die Kommerzialminister in Mitleidenschaft gezogen sind ferner der Unterstaatssekretär für den technischen Unterricht und die Handelsflotte, die der republikanisch-sozialistischen Partei angehören, sowie der Unterstaatssekretär für Luftschifffahrt, der linksrepublikaner, aber Antiklerikaler ist.

Eine Mahnung der „Sunday-Times“.

London, 18. Juni. Die „Sunday-Times“ schreiben, daß britische Gold habe mit seitener Einnütigkeit der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß das deutsche Angebot als Grundlage für eine Konferenz angenommen werden müsse und hoffe, daß Frankreich zustimmen werde. Es gebe nur zwei Arten von Politik: Die Politik der militärischen Gewalt und die Politik der wirtschaftlichen Vernunft! England müsse entweder absteigen und zusehen, wie Frankreich seinen Plan zur Herrschaft Deutschlands und zur Schwächung der Autorität der deutschen Regierung verfolge bis zum vollständigen Zusammenbruch des deutschen Systems, oder England könne zum Ausdruck bringen, daß Frankreich keine weitere Unterstützung von ihm erwarten dürfe und daß der bessere und einzig vernünftige Weg im Interesse Frankreichs ebenso wie Englands der sei, Deutschland wieder auf die Beine zu stellen und es wieder instand zu setzen, einen Teil des Schadens, den es angerichtet habe (1), wieder gut zu machen. Wenn die britische Regierung das letztere vor habe und die Gründe klar und mit genügender Autorität vertrete, so werde sie die uneingeschränkte Unterstützung des ganzen englischen Volkes hinter sich haben. — Im „Observer“ schreibt Garwin, er zweifle nicht daran, daß Baldwin, wenn nötig, gegenüber einem unnachgiebigen Frankreich eine feste Haltung zeigen würde.

Poincare erkennt Janoff an.

Sofia, 18. Juni. Der französische Ministerpräsident Poincare erkannte in einem Telegramm die friedlichen Absichten der neuen Regierung an. Er gebe mit Vergnügen jeder Politik seine Unterstützung, die die Entwicklung Bulgariens mit entschiedenen friedlichen Intentionen bezwecke. Ein Beweis hierfür wird gegeben sein, wenn Bulgarien seine internationalen Verpflichtungen adte.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 17. Juni. Die Mieter-Vereine des Oberamts hielten am Sonntag nachmittag in der „Eintracht“ in Neuenbürg eine Bezirks-Versammlung ab, die von ziemlich allen Gemeinden, in denen Mieter-Vereine bestehen, besucht war. Die Anregung zu dieser Versammlung hatte der Mieter-Verein Birkenfeld an die übrigen Vereine ergoßen lassen. Gütlermeister Aug. Strohm, der die Versammlung leitete, begrüßte die Erscheinenden und erteilte dem Vorsitzenden des Birkenfelder Vereins das Wort. Dieser führte u. a. aus, die allgemeine Notlage der Mieter und die von gewissen Seiten verübte Sabotage des Reichsmietengesetzes, ferner die einseitigen Entschärfungen der Wohnungsbehörden hätten sie veranlaßt, die Mieter-Vereine zu einer Aussprache zusammenzuführen. Seine Ausführungen, denen sich Redner von Calmbach und Neuenbürg anschlossen, festigten den Vorschlag, die Mietervereine des ganzen Oberamts zu einem Block zusammenzuführen, um bei den maßgebenden Behörden gemeinsam vorzugehen. Die Zustände, wie sie wirklich herrschen, bringen dem Mieter nur Schäden, aber keine Rechte. Am Bezahlen der Sätze für große und kleine Instandsetzungsarbeiten, Verwaltungskosten etc. fehle es nicht; aber wie sieht es mit der Ausführung der Reparaturen aus. Hier werden die Sätze eingestrichelt, aber gemacht wird nach wie vor nichts. Ganz be-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Beilage od. deren Raum 1. Bezirk 300.- M. außerhalb desselben 320.- M. einschließlich Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Kunstversteigerung 150 Proz. Reklame-Zeile 700 M.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatti, der im Falle des Abnahmefahrsens hinreichend wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird telefonischer Gewähr übernommen.

sehen!
n in einer Rede
ie Brüche gehen
n Reich und von
die Welt wieder
nien zu. Die
schloß Baldwin
n eines Vincula
iel legt, an der

berichtet aus
eitag habe die
nen Balken
grad habe das
Bulgarien des
gearbeitete
tag die Mobilie
ne vollkommene
en werde, damit
Vertreter Unst
t in der gleichen

eute abend
ter 3. Baum.

a. En.

nung!

hiermit jeder
Frau, Berta
enthner, eines
r zu leben, da
mehe aufkomme
selm Maß.

enalb.

rsche

8 Jahren kann

Salbenstein.

monitas,
Gitarren,
Mandolinen,

des Bild um
billiger, wegen
Bortat und
Dofelbst oft
nell und hübs
monika-Päße
Tagen bei
er aus Boyen
rol),
Pforzheim,
age 27.

nier-
lz,
L. Sannen-
lz, sowie
angen
a sofortige

rabacher,
ndung,
nstadt,
ge, Burgbacher

er
sien sucht,
kaufen hat.
acht,
vergeben hat.
mieten hat.
ten sucht
folgenden
en im
äler“

er oberen Kund... ferner die... das Feuer nicht... hat, nachdem... für bedürft...

Die begreife deutsche Konkurrenz. Ein überaus lehrreicher Fall hat sich in der englischen Stadt Birmingham ereignet. Die dortige Gemeindeverwaltung hielt es für angebracht, ihren...

Handel und Verkehr. Calw, 16. Juni. Bei dem am Mittwoch, den 13. Juni 1923 abgehaltenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren...

Stuttgart, 18. Juni. (Landesproduktenbörse.) Die Wägen beherrschen den Markt. Die Preise aller Getreidearten gehen sprunghaft in die Höhe, aber die Umsätze...

Neueste Nachrichten. München, 18. Juni. Zum ersten Mal stellt die Statistik in München fest, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1923 die Sterbefälle die Zahl der Geburten über...

Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er 31 Wohnungen der Eisenbahnregierungsbeamten nicht bereit stellen konnte.

Essen, 19. Juni. Die Revisionsverhandlung gegen das Urteil im Falle Görge (Badische Anilin- und Sodafabrik in Mannheim) findet vor dem Revisionshof Düsseldorf bereits am 21. Juni statt.

Münster, 18. Juni. Auf dem Bahnhof Lünen beschlagnahmten die Franzosen am 16. Juni die für die Stadt bestimmten Lebensmittel der Ruhr- und Auslandshilfe.

Trier, 18. Juni. Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Trier sind am 15. Juni 192 Familien mit insgesamt 839 Köpfen ausgewiesen worden, davon aus Gerolstein 171 Familien, die übrigen aus Trier.

Berlin, 18. Juni. Die polnische Regierung richtete an Deutschland eine Note, worin sie sich wegen der Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten beschwert und zwar wegen des gegen Polen erhobenen Vorwurfs der Intoleranz.

Berlin, 18. Juni. Der Reichstag begann gestern die Beratung des Landessteuergesetzes und nahm das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten endgültig an.

Neapel, 18. Juni. In der Nacht zum Sonntag brach nach heftigen Erdschütterungen der Vesuvius erneut aus. Es bildeten sich fünf Krater, worauf ungeheure Lavamassen sich ergossen.

Paris, 18. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Erektor“ in Sofia meldet noch über den Tod Stambulinski: Die Soldaten, die ihn verfolgten, hatten nach der Angabe der Regierung 15 Tote.

Paris, 18. Juni. Der „Eclair“ weist in einem Artikel darauf hin, daß die Tatsache, daß der ehemalige Ministerpräsident Briand sich bei der Abstimmung über das Verbot der Waffenexporte für die Boicoteure am Samstag der Abstimmung enthalten hat, eine Bedeutung habe.

Die Sanktionen im Offenburger Gebiet. Der Kommandant des Brückenkopfbereiches von Rehl, General Michel gibt bekannt: Der Bürgermeister von Windischlag wurde verhaftet und befindet sich gegenwärtig in Untersuchung.

Bayern hinter der Reichsregierung. Der „Regenburger Anzeiger“, der dem Führer der Bayerischen Volkspartei im Landtag dem Abgeordneten Feld besonders nahesteht, beschäftigt sich an leitender Stelle mit den Gerüchten, als ob zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung über die Führung der Auslandspolitik Meinungsverschiedenheiten beständen.

Sozialdemokratische Entschlossenheit im Ruhrgebiet. Im Bezirk Dortmund-Börde fand am Sonntag eine Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt, die zur Ruhrbesetzung eine Entschlossenheit annahm.

Unterbrechung der direkten Strecke Köln-Trier. Wie aus Köln gemeldet wird, ist bereits in der Nacht vom 14. zum 15. Juni der Tunnel der Eisenbahn Köln-Trier bei Kall gesprengt worden.

Reichskommissar Wehlich auf die Straße gesetzt. Dortmund, 17. Juni. Der Reichskommissar Wehlich mußte sein Gebäude in Dortmund bis gestern nachmittags 6 Uhr räumen. Das Mobiliar mußte zurückgelassen werden.

Die Schlinge um das Ruhrgebiet. Im Laufe des Montags zirkulierten die Franzosen das Gerücht zwischen Weisenkirchen-Bismark und Buer-Süd, damit ist die letzte deutsche Eisenbahnlinie im ruhrbesetzten Gebiet ausgespart.

Die französische Hungerblockade. Essen, 19. Juni. Die durch Unterbindung der letzten Verkehrslinien im Ruhrgebiet von den Franzosen erzkrehte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar.

Stellungnahme der Reichsregierung zu den Lohnfragen. Berlin, 18. Juni. Die Gewerkschaften richteten an den Reichsminister ein Schreiben, worin auf die gegenwärtigen schwachen...

Einer Stimme aus dem Grabe. Ich war genötigt, Europa durch Waffen zu bändigen, der nach mir kommt, wird es zu überzeugen haben, denn immer wird der Geist den Degen besiegen.

Literarisches. Die Württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-18. Herausgegeben von General D. Kleinsch. Band XXVIII: Das württ. Brigade-Erfass-Bataillon Nr. 54 und das württ. Erfass-Infanterie-Regiment Nr. 52 im Weltkrieg 1914-18.

Es geht um Deutschland! Deutscher, vergiß das nicht und gib für die Kämpfenden an der Front! Gib zum Deutschen Volksoffer.



ren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterkassen hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Bänderung der Notlage unternommen werden müßten. Es wurden zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsminister die mit der gegenwärtigen Teuerung zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert, in der auch zu dem Problem Stellung genommen wurde, das innerhalb der Gewerkschaftskreise den Hauptberatungsgegenstand bildet, nämlich die Schaffung wertbeständiger Löhne. In Gewerkschaftskreisen erklärt man, daß unbedingt durch Schaffung eines Reallohnes der zunehmenden Geldwertverminderung entgegen zu wirken ist, um die Arbeiterschaft auf diese Weise zum mindesten in den Besitz eines Existenzminimums zu bringen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften nimmt am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung. Am Samstag sollen Beratungen innerhalb der zentralen Arbeitsgemeinschaft stattfinden. Die Reichsregierung richtete an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben, worin erklärt wird, daß sie sich die mit der Teuerung zusammenhängenden Fragen weiter angelegen sein lasse. Das Reichsarbeitsministerium wünscht, daß die Fragen von den Gewerkschaften weiter verfolgt werden. Der Reichsanwalt müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in keinerlei Besprechungen mit den Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium wurde den Gewerkschaften zugesprochen, daß zunächst die Ermittlung der Indizes in kürzerer Frist als bisher erfolgen soll.

Die Erhöhungen bei der Post.

Berlin, 18. Juni. Der Postauschuss des Reichstags hat eine Entschließung sämtlicher Parteien angenommen, wonach die Regierung bei Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Notwendigkeit der Erhaltung des Nachrichtenwesens für die Öffentlichkeit gebührend Rücksicht nehmen soll. Ferner wurden die neuen inländischen und ausländischen Postgebühren angenommen. Die Gebühren für den einfachen Fernbrief werden darnach von 100 Mark auf 300 Mark erhöht. Die gleiche Erhöhung erfolgt für die übrigen Briefgebühren. Der bisher niedrigere Gebührensatz für Ansichtskarten (Borderrand 5 Worte) wurde beibehalten. Für Paete ist die Erhöhung mäßiger gehalten. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wird in Anpassung an die Geldwertverminderung auf 500 000 Mark erhöht. Die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief wird von 300 auf 800 Mark erhöht, diejenige für die Auslandspostkarte auf 480 Mark, für die Auslandsdrucksache auf 160 Mark. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 Mark, Wortgebühr 300 Mark, für Orts- und Ferntelegramme 300 Mark Grundgebühr und 100 Mark Wortgebühr festgesetzt. Der Teuerungszuschlag für Fernspreckgebühren wird von 2900 Mark auf 14 900 Mark erhöht.

Thurnis mit der Kabinettsbildung betraut.

Brüssel, 18. Juni. Der König hat heute nachmittags den abgetretenen Ministerpräsidenten Thurnis empfangen und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Thurnis hat sich die Annahme des Auftrages vorbehalten, bis er mit den poli-

tischen Persönlichkeiten verhandelt hat, mit denen er glaubt, zu einem Einverständnis über die Frage der värmischen Unidertität und über die Frage der Militärdienstzeit gelangen zu können.

Frankreichs Ziel an der Saar.

Paris, 18. Juni. Das „Echo de Paris“ bespricht heute die Saarfrage, indem es darauf hinweist, daß auf Veranlassung der englischen Regierung der Völkerrundrat sich in seiner am 21. Juni beginnenden Sitzung mit den Handlungen der Regierungskommission in Saarbrücken beschäftigen werde. Die Engländer müßten wissen, daß sie nicht die einzigen seien, die mit der Wendung der Dinge im Saargebiet unzufrieden seien. Auch Frankreich erkenne, daß man mit der Vergangenheit brechen müsse. Es gebe heute nur eine Stimme, um die Forderungen der seit drei Jahren verfolgten Politik einzusetzen. Man habe es nicht verstanden, die Saarländer dazu zu bringen, sich der französischen Sache anzuschließen. Man habe zu viel Nachgiebigkeit gegenüber dem Großindustriellen Adolphe und den anderen an den Tag gelegt, die die Masse hätten fallen lassen und heute die antifranciaische Propaganda führten. Das Blatt weist besonders auf den Bergarbeiterstreik hin und kommt zu dem Schluss, man müsse wohl zugeben, daß die vollkommene Politik unfruchtbar hätte bleiben müssen infolge des Regimes, das der Versailler Vertrag dem Saargebiet zuweise. Wie könne die Regierung von Saarbrücken dauerhafte und solide Arbeit leisten, wenn sie jeden Augenblick ignoriert werde und wenn sie jedes Jahr durch den Völkerrundrat abgesetzt werden könne? Wir wären besser daran, wenn wir — was uns der Versailler Vertrag berechtigt — die Bergwerke frei ausbieten könnten, so daß das Saargebiet sich in nichts von dem übrigen Rheinland unterscheiden würde, und wenn wir in Mainz oder Düsseldorf machen. Eine Reform kann nicht verhindert werden.

Freiwillige Mitarbeit statt passiven Widerstands!

Paris, 18. Juni. Einer Mitteilung des „Paris Revisien“ zufolge erfuhr der Korrespondent der „Times“ in Brüssel Einzelheiten über die Antwort auf das englische Memorandum, die Herr Poincaré der belgischen Regierung vorgestern angeboten ließ. Bekanntlich ersuchte das englische Kabinett die französische Regierung um genaue Aufklärung über die Forderung: Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Dem Korrespondenten der „Times“ zufolge führte Poincaré in seiner Antwort aus, daß die deutsche Regierung eine Proklamation veröffentlichen müsse, in der sie ihre Beamten zur Einstellung jedes Widerstandes im besetzten Gebiet und zur Mitarbeit an seiner Verwaltung auffordere. Was den zweiten Punkt des englischen Fragebogens anbelangt: Welche Form würde die Ruhrbesetzung annehmen, wenn das Reich jeden Widerstand aufgibt? So erklärte Poincaré, daß die unsichtbare Besetzung, wie sie Frankreich am 11. und 12. Januar anlässlich des Einmarsches der französischen Truppen anordnete, die die Aufgabe hatten, die französisch-belgischen Sachverständigen zu schützen, wieder angeordnet werde. Schließlich glaubt der Korrespondent aus holländischer Quelle mitteilen zu können, daß die französische Antwort in sehr entgegenkommenden Ausdrücken gehalten sei und Poincaré den lebhaften Wunsch habe, mit der englischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Weiter kündigt der „Times“

Korrespondent an, daß auf französischer Seite Reueigung besteht sich in freundschaftlichem Geiste mit Deutschland über ein gleichzeitigen Abbau des passiven Widerstandes und der Nachbarmachung der französischen Besatzung zu unterhalten, was die deutsche Regierung sich dazu entschließen könnte, in irgendeiner Form deutlich zu erkennen zu geben, daß sie mit Frankreich eine derartige Unterhaltung wünscht. Eine geeignete Form derartiger Besprechungen würde die Wiederaufnahme der Verhandlungen an Frankreich und Belgien bilden im Hinblick gegen Frankreichs Jugendländnis, einen ungehinderten Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu gestalten. Von einem solchen Jugendländnis war bisher auf französischer Seite noch nicht die Rede. Die Meldung muß daher Zweifel gezogen werden. Richtig dürfte in erster Linie sein, daß Poincaré Deutschland die einzige Abwehrwaffe, den passiven Widerstand, aus der Hand winden will. Die Erzielung dieses Fragebogens wird im übrigen dadurch verzögert, daß die belgische Ministerkrise noch nicht gelöst ist.

Frankzösische Küstenverteidigungspläne am Kermelkanal.

Der französische Deputierte Bouffenoit, Berichterstatter der Marinekommission, hat nach einer Besichtigung der Kermelkanalhäfen in Eberbourg folgende Erklärung abgegeben: Es bedürfte entlang dem Kanal eine starke Unterseebootsflotte und ungefähr zweitausend Wasserflugzeuge, Bombenwerfer und Kampfflugzeuge. Die Verbesserung der Stützpunkte muß in Angriff genommen werden. Außerdem sollen unsere Unterseeboote durch Minenleger und Jagdflugzeuge auf ihre Unterseeboote vergrößert werden. Ich werde in der Kommission vorschlagen, daß wir auf die Verteidigung (!) der Küste unsere stärkste Aufmerksamkeit richten.

Lloyd Georges Ruf nach einer neuen Reparations-Konferenz.

In seinem Aufsatz über das deutsche Memorandum, der anderswo ist er bereits erschienen — in der „Deutschen Wochenschrift“ — hat heute zum Abdruck kommt, fordert Lloyd George, den nun Frankreich gegenüber gar kein Blatt mehr vor den Wind nimmt, mit leidenschaftlichem Eifer eine Konferenz zur Lösung des Reparationsproblems: „Wenn jemals Reparationen gezahlt werden sollen, müssen die Alliierten den schon einmal zurückgelegten Weg noch einmal zurückgehen und wieder zur Konferenz gelangen. Wenn erst einmal die Parteien — alle Parteien — um den Tisch herumsitzen, wird mein hohes Alter noch letzten Endes der gesunde Menschenverstand der meisten liegen. Was wir von 1922 bis 1923 verloren haben, wollen wir nie zurückbekommen, aber wir werden wenigstens etwas erhalten, was uns nützen wird. Darum, in aller Innlichkeit schließ mit dem Einberufen der Konferenz des Hauses und zurück zu uns!“

Amerikanisches Entgegenkommen in der Schuldfrage?

Der „Manchester Guardian“ läßt sich aus Washington melden, die amerikanische Regierung habe wissen lassen, daß sie mit Voran dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes halte, die deutsche Reparationsfähigkeit durch Sachverständigen bestimmen zu lassen. Amerika sei bereit, das Prinzip der Billigkeit auch auf die französischen Schulden an Amerika anzuwenden, wenn Frankreich die von Deutschland geforderte Summe gleichfalls auf das von Billigkeit diktierte Maß herabsetze.

Gegen den Landwirt Philipp Aull in Reusatz ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Finanzamts vom 21. März 1923 wegen versuchter Umsatzsteuerhinterziehung im Sinne der §§ 359 und 360 der Reichsabgabenordnung vergl. mit § 43 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Abänd.-Ges. vom 8. April 1922 auf eine

Geldstrafe von 50 000 Mark
(Fünfzigtausend Mark)

erkannt worden.
Die Verurteilung wird gemäß § 363 A.O. bekannt gemacht.
Reuenbürg, den 16. Juni 1923.

Das Finanzamt.

Ottenhausen (Oberamt Reuenbürg).

Stammholzverkauf.
Die Gemeinde verkauft aus ihren Waldungen am **Samstag, den 23. Juni ds. Jb.** und zwar im

Schriftlichen Aufstreich:

- So. Laugholz: Fm.: 3,62 III., 1,72 IV., 1,75 V., 0,25 VI. Klasse.
 - So. Säggolz: Fm.: 2,19 I., 32,73 II. und 19,40 III. Klasse.
- Schriftliche Angebote wollen bis 23. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, eingereicht werden.

Mündlicher Aufstreich

- nachmittags 1/2 3 Uhr auf dem Rathaus:
 - So. Laugholz: Fm.: 1,22 V., 0,28 VI. Kl.
 - So. Säggolz: Fm.: 7,16 II., 1,71 III. Kl.
 - Eichen: Fm.: 3,61 III., 1,31 IV. und 2,77 V. Klasse.
- Auszüge besorgt Waldhüter Großmann.
Den 15. Juni 1923.

Gemeinderat.

Wilh. Wackenhuth, Calw,
Maschinen-Werkstätte,

— liefert: —

- Komplette automatische Heu-Anzüge,
- Schütteldreschmaschinen,
- Bugdreschmaschinen, Bugmühlen,
- Windfegen, Schrot- und Backmehlmühlen.

Oberamtsstadt Reuenbürg.

Weißmehl

wird im Rathaus an die Einwohnererschaft abgegeben für jeden Kopf 2 Pfd. zum Preis von zusammen 3000 M. und zwar am Donnerstag, den 21. Juni und folgende Tage zu den am Rathaus angeschlagenen Zeiten. Von denjenigen, die nicht rechtzeitig erscheinen, wird angenommen, daß sie verzichteten. Säckchen mitbringen.
Stadtschultheiß Knobel.

Bezirks-Konsumverein
Reuenbürg.

Heute im Stadtladen und im „Anker“

Wildbret.

1 Million
Mark

für sofort gegen gute Sicherheit aufzunehmen gesucht.
Zu erfragen in der „Engländer“-Geschäftsstelle.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
18. Juni 1923.

Devisen: Umf. Mittelkurse:	Industrie-Aktien:
Amerika 152300.—	Havas-Aktien 450000.—
Holland 59000.—	Worlb. Lloyd-Aktien 150000.—
Schweiz 26700.—	Deutsche Bank-Aktien 155000.—
England 694000.—	Disconto-Gom.-Aktien 165000.—
Frankreich 8400.—	Rhein. Creditbank-Akt. 32000.—
Reichsanleihe:	Württemberg. Staatsbank-Akt. —
3% 98.—	Sächsische Anl.-Akt. 240000.—
4% —	Sächser Forstvertr.-Akt. 175000.—
3 1/2% 2400.—	Bosumer Waf.-Akt. 1200000.—
3% 4000.—	St. August. Bergw.-Akt. 1000000.—
2 1/2% Sparprämienanleihe 640.—	Darpenet Bergbau-Akt. 1650000.—
4% Württ. Staatsanleihe 115.—	Benz.-Motoren-Akt. 30000.—
3 1/2% „ „ 1875 135.—	Daimler-Motoren-Akt. 80000.—
3% „ „ verlich. 85—125	Badenia-Maschinenf.-Akt. 50000.—
3% 400.—	Heidelberg. Zementf.-Akt. 100000.—
Stadtsanleihen u. Pfandbriefe:	Alin-Stettiner 135000.—
4% Stuttg. Stadtanl. 110.—	Sächs. Jungbau-Akt. 90000.—
3 1/2% „ „ 1877—80 71.—	Salzwerke-Hellbrunn-Akt. —
3 1/2% „ „ 1904 80.—	
4% W. Hyp.-Erbst. 108.—	
3 1/2% „ „ 100.—	

Leipzig: sehr fest.

Waldrennack.

Glucke

Einige samt Jungen hat zu verkaufen
Karl Moz.
Schömberg.

2 Möbelschreiner

und ein **Lehrjunge** sofort gesucht.

Rech. Schreinerei Rüdter.

Zu verkaufen:

Weiße Ziege, frischmelkend, 1 Stude (Plymouth-Rock) mit 8 Küden, ferner

Tausch

gegen gutes Fahrrad oder sonst Nützliches 1 Photo-Apparat, 10x15 Anastigmat m. Komplexverschluss, erstklassig, mit Messingklatte, acht Metallkassetten, 1 Filmapparat, Kindeberttasche, zwei Glaschalen, alles in bestem Zustand.
Wildbad, Diagrstr. Nr. 6.

Waldrennack.

Einige Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen

sowie **gelernte Ziehbandmacherinnen** werden angenommen bei

Heinrich Grau, Bijouteriefabrik

Brötzingen.

Langholzfuhmann,

der sofort eintreten kann, findet Stelle.
Heinrich Common, Sägelwerk,
Telefon 684.

Bruchleidende

bedürfen keiner Operation, oder eines lästigen Federbandes, wenn Sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, einziges System, oder das Bruchband Kolumbus D. R. P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Von Nabel- und Vorfallbinden, Gerabehalter usw. Langjährige Erfahrung, treue Bedienung. Für alle Bruchleidende ist föhlich zu sprechen in **Pforzheim, Freitag, den 22. Juni** von 2 1/2 bis 6 Uhr nachmittags, im Gasthaus „Stumpf“, am Schloßberg.

Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 44

Trotzdem die Preise steigen,

bietet Ihnen ganz bestimmt bei mir ein Einkauf großer Vorteile, denn die enorm hohen Ladenmieten kommen bei mir in Wegfall, daher die billigen Preise. Nur solange Vorrat. Offerte

Herren- und Burschen-Anzüge, Hosen u. Joppen, Windjacken, Gummimäntel.

nur gute Ware und billige Preise.
Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, 1. Stod.
Kein Laden! Nur Tal 2, 1. Stod. Kein Laden!
Bitte genau auf Adresse achten.

Begabung
Kontroll
1920. In
im Ort
verleiht, sowie
mündlichen
mit Hilfe

zu fällen
vollstän
auf Bänder
Begabung

Begabung
Kontroll
1920. In
im Ort
verleiht, sowie
mündlichen
mit Hilfe

zu fällen
vollstän
auf Bänder
Begabung

Einigkeit
nach, der
ist jetzt
Karl
hat die
Klein in
Länder
gegen
ein Tele
nabzu
Berlin,
die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

die Ver
und Geme
teil. In
höheren
Erhöhung
Eben, 15
durch die
rungen in
deutscher
Schwier
wider. Au
von Lebens
hohen Zwei
breiten Dun
um den un
Kulturwölle
Schluß der

